



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Was spricht für/gegen Volksentscheide?

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de





Titel:

Fakten – Thesen – Argumente

Was spricht für/gegen Volksentscheide?

Bestellnummer:

45186

Kurzvorstellung:

- Diese Unterrichtshilfe für den direkten Einsatz im Unterricht in SoWi/Politik in der Oberstufe beschäftigt sich mit Volksentscheiden als Teilproblematik des Themas Demokratie. Immer mehr Menschen befürworten die Durchführung von Volksentscheiden zur politischen Entscheidung. Ist diese Forderung legitim? Oder haben die Bürger/innen in Deutschland durch ihre Stimmabgabe bei Wahlen die Entscheidungsbefugnis bereits an die Politik gegeben?
- *Fakten - Thesen - Argumente* liefert das komplette Material für Erörterungen und Streitgespräche im Unterricht und informiert über Themen, die aktuell in den Medien oder unterrichtsrelevant sind. *Fakten* liefern sachgerechte, fundierte Informationen zum aktuellen Streitthema, *Thesen* formulieren in den Medien vertretene, unterschiedliche Standpunkte und die dargestellten *Argumente* erleichtern die eigene Meinungsfindung der Schüler.
- Das Material eignet sich für interdisziplinären Einsatz im Unterricht.

Inhaltsübersicht:

- *Fakten:* Die Sachlage
Die Hintergrundinformationen
Die Reaktionen
- *Thesen:* Die unterschiedlichen Positionen
- *Argumente:* PRO und CONTRA
- Didaktische Überlegungen zum Einsatz im Unterricht und konkrete Aufgabenstellungen
- Aufgaben zur Thematik



Internet: <http://www.School-Scout.de>

E-Mail: info@School-Scout.de

2,5 Millionen Bürger, muss bei Gesetzesänderungen mit ‚Ja‘ stimmen, bei Verfassungsänderungen sogar mehr als die Hälfte der Stimmberechtigten.

Das so genannte *Quorum* ist die notwendige Anzahl an Stimmen, die erreicht sein muss, damit eine Wahl oder Abstimmung gültig ist. Die Quoren haben den Volksentscheid in Baden-Württemberg bisher in der Praxis ausgehebelt: Bis auf einen am Quorum gescheiterten Versuch im Jahre 1971, den Landtag aufzulösen, sind sie nie in Anspruch genommen worden.

An diesem Beispiel kann man erkennen, dass zum Bahnhofsneubau Stuttgart 21 als ein vom Landtag abgesegnetes Projekt eigentlich keine Volksabstimmung mehr erfolgen darf, da dies kein verfassungsgemäßer Vorgang wäre. Genau dieser Status soll nun mit einer Verfassungsänderung auf Landes- und auf Bundesebene geändert werden. So sollen mehr direktdemokratische Elemente zur Geltung kommen können und folglich der Einfluss der wahlberechtigten Bevölkerung auf derartige Vorhaben zunimmt.

M3: Die Reaktionen

Die derzeitige Debatte über mehr Einflussnahme für den Bürger an politischen Entscheidungen und die Durchführung von Volksentscheiden auf Bundesebene hat viele Für-, aber auch sehr viele Gegensprecher aus der Politik, der Wissenschaft, der Wirtschaft, den Medien sowie in Vereinen und Verbänden, die sich auf politischer Ebene engagieren. Die Debatte ins Rollen gebracht haben die Unterstützer von mehr direkter Demokratie auch auf Bundesebene. Sie sind der grundsätzlichen Meinung, dass ein demokratisches System nur von der aktiven Mitwirkung der Bürger leben kann und diese bei politischen Entscheidungen nicht mehr übergangen werden dürfen. Insbesondere Politiker, die eher dem linken und dem sozialdemokratischen Spektrum zugewiesen werden, sind für eine Verfassungsänderung für mehr Volksentscheide. Vor allem die Parteien *Die Linke* und *Bündnis 90/Die Grünen* sind grundsätzlich für eine Verfassungsänderung, um die Durchführung von Volksentscheiden zu erleichtern.



© aboutpixel.com – Bilderhascher

Die *FDP* fordert sogar seit fast einem Jahrzehnt ein überparteiliches Bündnis für Volksentscheide. Seit September 2009 in der Regierungsverantwortung, ist die Forderung der Liberalen danach eher ruhiger geworden. Volksentscheide könnten politische Sachentscheidungen der FDP, die in der Regierungsverantwortung steckt, nämlich ebenfalls vom Volk in Frage gestellt werden. Zudem ist die Nähe von FDP-Parteimitgliedern zu Wirtschaft und Arbeitgebern sehr stark. Und diese betrachten eine Verfassungsänderung skeptisch, so dass der Ruf nach mehr Volksentscheiden immer leiser wird. Auch aus Verbänden und Vereinen, die nach „mehr Demokratie“ verlangen, ist man für eine Verfassungsänderung. Dieses Votum wird zum größten Teil auch von Gewerkschaften unterstützt.

Bei der *Union* (CDU/CSU) ist der überwiegende Teil der Politiker der beiden Schwesterparteien gegen eine Verfassungsänderung. Hier ist man der Meinung, die derzeitigen plebiszitären (also direktdemokratischen) Elemente auf Kommunal- und Landesebene würden völlig ausreichen. Unterstützt wird diese Meinung auch von den Wirtschaftsverbänden. Sie befürchten, dass bei einer Verfassungsänderung viele wirtschaftliche Vorhaben auf der Strecke bleiben würden, weil die Bürger mit Volksentscheiden dagegen plädieren könnten.

Wissenschaft und Medien sind in dem Für und Wider einer Verfassungsänderung gespalten. Aus demokratietheoretischen Gesichtspunkten ist man dafür, die Menschen stärker in politische Entscheidungen einzubeziehen. Aus ökonomischen Gesichtspunkten betrachtet, spricht man sich eher dagegen aus.



SCHOOL-SCOUT.DE

Unterrichtsmaterialien in digitaler und in gedruckter Form

Auszug aus:

Was spricht für/gegen Volksentscheide?

Das komplette Material finden Sie hier:

School-Scout.de

